

NIEDERSCHRIFT Nr.: 4/S

über die Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft und Arbeit

- öffentlicher Teil -

am Mittwoch, 04.12.2019, um 17:00 Uhr

4. Sitzung in der 20. Legislaturperiode

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 17:22 Uhr

Anwesend:

Vertreter/-in des Senats

Frau Staatsrätin Ahlers

Herr Staatsrat Wiebe

Deputation für Wirtschaft und Arbeit

Herr Robert Bücking

Frau Jasmina Heritani

Herr Carsten Meyer-Heder

Herr Dr. Volker Redder

Herr Harald Rühl

Frau Kerstin Selinski-Spohler

Herr Volker Stahmann

Herr Ingo Tebje

Herr Falk-Konstantin Wagner

Herr Christoph Weiss (Vorsitzender)

Von der Verwaltung

Herr Brunßen

Frau Frese

Frau Jansen

Herr Dr. Kühling

Frau Dr. Lübben

Herr Sengstake

Frau Stellmacher

Herr Stührenberg

Herr Ullrich

Herr Tschupke

Gäste

Herr Peters (SWH)

Abg. Weiss eröffnet die Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft und Arbeit – öffentlicher Teil. Die Beschlüsse der städtischen Deputation werden entsprechend auf die städtische Deputation übertragen.

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift Nr. 3/S über die Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft und Arbeit - öffentlicher Teil - vom 30.10.2019

An die Deputation als Sondervermögensausschuss

**TOP 2 Sonstiges Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt/Land)
Zwischenberichte zum 30.09.2019**

Vorlage Nr. 20/034-L/S

Dep Dr. Redder zeigt sich verwundert über die Seite 5 der Vorlage, die eine Erschließung neuer Gewerbeflächen von null Hektar ausweise.

Herr Dr. Kühling erläutert, dies gelte für das Sondervermögen „Land“ des Berichtes. Im städtischen Sondervermögen habe die Stadt rund 22 Hektar neu erschlossen gegenüber geplanten 10 Hektar. Damit habe man entsprechend der guten Vermarktungsleistung frühzeitigere Erschließungen durchgeführt, um weiterhin freie Gewerbeflächen für die Vermarktung bereitstellen zu können.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss des Sonstigen Sondervermögens Gewerbeflächen (Stadt) nimmt die Zwischenberichte zum 30.09.2019 zur Kenntnis.

**TOP 3 Sonstiges Sondervermögen Überseestadt
Zwischenbericht zum 30.09.2019**

Vorlage Nr. 20/051-S

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Europa in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss für das Sonstige Sondervermögen Überseestadt nimmt den Zwischenbericht zum 30.09.2019 zur Kenntnis.

TOP 4 Sonstiges Sondervermögen Überseestadt

Abschluss der städtebaulichen Rahmenplanung für die Südseite des Europahafens inkl. des ehemaligen Kellogg-Areals (Überseeinsel)

Stadtwirtschaftliche Bewertung der Entwicklung in der Überseestadt Bremen 2019

Vorlage Nr. 20/052-S

Abg. Bücking unterstreicht die Bedeutung des Projektes, das maßgeblich vom vorgestellten Rahmenplan beeinflusst werden wird. Dieser sei auch in der Überseestadt sowie den umliegenden Stadtteilen anerkannt. Der Versuch, auf diesem Wege einen verbindlichen Plan über Rechts- und Interessensgrenzen hinweg zu entwickeln, sei nur zu begrüßen.

Herr Dr. Kühling verweist auf die zuvor verteilte Broschüre „Mitreden und Mitgestalten“ zur Überseestadt Bremen, in der die breite Bürgerbeteiligung dargestellt werde. Er umreißt weiter die hohe stadtwirtschaftliche Bedeutung der Überseestadt mit einer Entwicklung der Arbeitsplätze von ca. 4.000 Bestandsarbeitsplätzen in 2003 auf voraussichtlich deutlich über 20.000 Arbeitsplätze in 2035. Zudem eröffne der Wegzug Kelloggs neue Entwicklungspotenziale für den Wohnungsbau, sodass bis 2035 mit voraussichtlich 8700-9300 Einwohnern im gesamten Areal der Überseestadt gerechnet werden könne.

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt der in der Anlage beigefügten Kurzfassung der städtebaulichen Rahmenplanung Überseeinsel zu.
2. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa, die in ihrer fachlichen Zuständigkeit liegenden Schritte zur Umsetzung der Rahmenplanung vorzubereiten.
3. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt den Bericht zur wirtschaftlichen Bewertung der Entwicklung in der Überseestadt Bremen 2019 sowie die Broschüre zur Beteiligung an der Planung für die Überseeinsel zur Kenntnis.
4. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt der Planung der aufgezeigten Maßnahmen mit Kosten in Höhe von 3.455 T€ zu.
5. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss des Sonstigen Sondervermögens Überseestadt der Finanzierung der anstehenden Planungsaufwendungen in Höhe von 2.855 T€ aus der vorhandenen Liquidität des Sondervermögens Überseestadt zu.

Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig.

An die Deputation zugleich als Sondervermögensausschuss

TOP 5 Sonstiges Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt);

Teilsondervermögen Veranstaltungsflächen (TSVV) - Erhöhung der investiven Zuführungen 2019

Vorlage Nr. 20/022-L/S

Dep. Dr. Redder ist irritiert, dass der höhere Mittelbedarf so spät identifiziert und sichtbar gemacht worden sei. Der Vorgang präsentiere sich ihm als Mittelverschiebung.

Herr Dr. Kühling erläutert, der höhere Bedarf resultiere aus der zeitlichen Verschiebung eines Projektes von 2018 nach 2019, der erst unterjährig sichtbar geworden sei. Die Finanzierung erfolge aus Mitteleinsparungen sowie aus Mitteln für andere Projekte, die verschoben werden könnten und mit dieser Vorlage für den höheren Bedarf zum Ansatz gebracht würden.

Abg. Raschen hinterfragt den Stadt-Land-Ausgleich, denn Bremerhaven müsse derartige Vorgänge aus dem Stadthaushalt finanzieren. Insgesamt sei der Vorgang nicht zufriedenstellend und transparent aufbereitet.

Staatsrat Wiebe erwidert, dass das Finanzressort die haushaltsmäßigen Besonderheiten im Stadtstaat Bremen und Ausgleichsmöglichkeiten zwischen Stadt und Land über den Gesamthaushalt organisiere und koordiniere. Für eine Grundsatzdiskussion sei der Haushalts- und Finanzausschuss das richtige Gremium. Jedenfalls blieben die Rahmendaten für beide Gebietskörperschaften erhalten.

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss der Sonstigen Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt) den höheren Mittelbedarf von 695.000 € zur Kenntnis und stimmt der unter B. Lösung dargestellten Finanzierung zu.
2. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt der Nachbewilligung in Höhe von 225.000 € bei der Haushaltsstelle 3754/884 10-9, Zuführung an das Sondervermögen Gewerbeflächen (Veranstaltungsflächen), zu. Dieser Bedarf wird durch eine Mittelbereitstellung aus der Haushaltsstelle 0715/891 53-0 Gewerbestandort Hansalinie in Höhe von 225.000 € mittels einer Nachbewilligung gedeckt. Die Senatorin für Finanzen wird gebeten, den erforderlichen Land- / Stadtausgleich vorzunehmen.
3. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa, die haushaltsrechtliche Absicherung durch Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses einzuholen.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktion der FDP und der Gruppe Magnitz Runge Felgenträger sowie bei Enthaltung der VertreterInnen der

Fraktion der CDU.

An die Deputation

TOP 6 Produktgruppencontrolling

hier: Controllingbericht Januar bis September 2019

Vorlage Nr. 20/038-L/S

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt die Informationen zum Produktgruppencontrolling für den Zeitraum Januar bis September 2019 zur Kenntnis.

TOP 7 Ausgleich von Personalmehrausgaben in den Produktplänen 31, 71

Vorlage Nr. 20/039-L/S

Staatsrat Wiebe führt kurz in das Thema ein. Das Ressort habe bis 2011 eine überproportionale Personaleinsparquote von über 6% jährlich erbringen müssen, was tatsächlich nicht zu einem entsprechenden Abbau von rund 25% der Beschäftigten führen konnte. Nach 2011 sei die Einsparquote zwar auf den für alle Ressorts geltenden Durchschnittswert von 2,5% gesetzt worden, trotzdem leide das Ressort immer noch unter den vormaligen Einsparquoten. Durch die Einsparungen im Personalbereich seien zwar die Überhänge und die damit verbundenen Kosten deutlich rückläufig, ließen sich aber nicht komplett auflösen, da zudem die Aufgaben des Ressorts zunähmen. Insofern müssten regelmäßig zum Jahresende die weiterhin bestehenden Personalmehrbedarfe ausgeglichen werden. Auf Nachfrage des **Dep. Dr. Redder** verneint er weiter, dass der neue Ressortzuschnitt zum vorgestellten Überhang geführt haben könnte, auch wenn die Bildung des neuen Ressorts „Wissenschaft und Häfen“ noch nicht abgeschlossen sei und in diesem Zusammenhang noch weitere Kosten denkbar seien.

Dep. Dr. Redder kritisiert, dass 500.000 € aus dem Titel Innovationsförderung Schiffbau für die Finanzierung der Personalmehrausgaben statt für die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen verwendet werden sollen. **Staatsrat Wiebe** erklärt, dieser Haushaltstitel adressiere gerade nicht die kleinen und mittleren Unternehmen. Überdies handele es sich hierbei um Kofinanzierungsmittel für das Innovationsprogramm des Bundes im Schiffbau, die für das Programm in diesem Jahr nicht weiter benötigt worden seien, da der Bund inzwischen eine Vollfinanzierung übernommen habe. Insofern gingen dem Haushaltstitel keine Mittel verloren.

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt dem Ausgleich der Personalmehrausgaben in Höhe von insgesamt 718 Tsd. Euro durch folgende Einspa-

rungen zu: Landeshaushalt Produktplan Wirtschaft:

- 533 Tsd. € aus Minderausgaben der Haushaltsstelle 0709/892 10-0 „Innovationsförderung Schiffbau“
- 50 Tsd. € aus Personalminderausgaben der Produktgruppe 71.90.01 – Haushaltsstelle 0700/422 90-9

Stadthaushalt Produktplan Wirtschaft:

- 115 Tsd. Euro aus Minderausgaben der Haushaltsstelle 0709/892 10-0 „Innovationsförderung Schiffbau“

Landeshaushalt Produktplan Arbeit:

- 20 Tsd. € aus Minderausgaben der Haushaltsstelle 0331/681 10-5 „Entschädigungen nach dem OEG“

Der Senator für Finanzen wird gebeten, die Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zu beantragen und einen entsprechenden Land-Stadt-Ausgleich vorzunehmen.

2. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt dem Ausgleich der Personalmehrausgaben der Abteilung Häfen – wie der in der Anlage enthaltenen Vorlage zum Ausgleich von Personalmehrausgaben der Abteilung Häfen entnommen werden kann – zu.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der VertreterInnen der Fraktionen von CDU und FDP sowie der Gruppe Magnitz Runge Felgenträger.

TOP 8 Beteiligungsbericht über das 1. bis 3. Quartal 2019

Vorlage Nr. 20/040-L/S

Auf Nachfrage des **Abg. Weiss** erläutert **Frau Bullenkamp**, bei dem vermuteten Verlust von 325.000 € für die M3B GmbH handele es sich im Wesentlichen um fehlende Erträge aus einem Grundstücksgeschäft für das Lebensmitteleinzelhandelszentrum am Großmarkt, das erst in 2020 realisiert werde.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt den Beteiligungsbericht über das 1. bis 3. Quartal 2019 zur Kenntnis.

TOP 9 City- und Stadtteilmarketing und -management in Bremen Finanzierung 2020 bis 2023 (teilweise EFRE 2014-2020)

Vorlage Nr. 20/017-L/S

Abg. Stahmann erinnert, dass die Vorlage in der letzten Sitzung auf Bitte der SPD-Vertre-

terInnen ausgesetzt worden sei. Er dankt für die inzwischen vorgenommene Anpassung des Förderzeitraums; diese sei mit dem Ziel gesetzt, für zukünftige Haushaltsjahre den Unterschied zwischen Initiativen mit dauerhaften institutionellen Förderbedarf bzw. mit Projektcharakter deutlicher zu unterscheiden. Notwendig sei, dass die City- und Stadtteilinitiativen aufgrund ihrer bedeutenden Arbeit in den Zentren und in den Stadtteilen weiter gefördert werden.

Abg. Raschen stellt fest, dass die Stadtteilinitiativen in Bremerhaven aus dem kommunalen Haushalt gefördert würden und hofft, dass entsprechende Bremerhavener Anträge von OB Grantz an den Landeshaushalt unter anderem zur Förderung des Schaufensters Fischereihafen positiv beschieden würden.

Staatsrat Wiebe erklärt dazu, dass die Vorlage auch zwei Stadtteilinitiativen adressiere, die aus EFRE-Mitteln finanziert werden und dafür Kofinanzierungen seitens des Landes erforderlich sein würden. Im Übrigen seien auch in der Vergangenheit auch Stadtteilprojekte aus Bremen und Bremerhaven entsprechend finanziert worden.

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt die Tätigkeitsberichte 2019 und die Planungen für 2020 zur Kenntnis und stimmt den vorgesehenen Maßnahmen zu.
2. Sie bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa um eine erneute Vorlage für eine Fortsetzung der Förderung der Initiativen Ende des Jahres 2020, in der neben den Tätigkeitsberichten für das Jahr 2020 auch Vorschläge für eine Ausweitung des City- und Stadtteilmarketings und -managements in Bremen getroffen werden.
3. Sie nimmt zur Kenntnis, dass für die Durchführung der vorgesehenen Marketingmaßnahmen im Jahr 2020
 - für die Bremer **Innenstadt** Mittel in Höhe von 417.000 €,
 - für das Bremer **Viertel** Mittel in Höhe von 110.000 €,
 - für das Zentrum **Vegesack** (einschl. Blumenthal) Mittel in Höhe von 265.000 €,
 - für das Stadtteilzentrum **Gröpelingen** Mittel in Höhe von 332.000 € (= EFRE-Mittel und Komplementärfinanzierung),
 - für das Stadtteilzentrum **Hemelingen** Mittel in Höhe von 96.000 €,
 - für das Stadtteilzentrum **Neustadt** Mittel in Höhe von 105.000 €,insgesamt also 1.325.000 €, erforderlich sind.
4. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung bei der Haushaltsstelle 0754/682 40-0, „City- und Stadtteilinitiativen incl. BID-Gesetz“, in Höhe von 1.325.000 € zu. Zum Ausgleich dieser zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung wird die bei der Haushaltsstelle

0709/893 56-4 „EU-Förderprogramme EFRE 2014-2020 –investiv-“ veranschlagte Verpflichtungsermächtigung insoweit nicht in Anspruch genommen. Die Abdeckung dieser zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung erfolgt im Rahmen der für die Haushaltseckwerte 2020 und 2021 vorgesehenen Haushaltsanschlüsse in Höhe von 1.325.000 € im Jahr 2020.

5. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa über den Senator für Finanzen beim Haushalts- und Finanzausschuss den erforderlichen Beschluss herbeizuführen.
6. Die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa wird in Ortsbeiräten über die Förderung von City- und Stadtteilmarketing und -management in Bremen, die Ziele, Maßnahmen und Anforderungen informieren und bei Bedarf weitere Stadtteilinitiativen gemäß den genannten Rahmenbedingungen fördern.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 10 Bericht zum Stand Umsetzung der Tourismusstrategie Stadt Bremen 2025 sowie Maßnahmen und Fortführung der Umsetzung 2020

Vorlage Nr. 20/042-S

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt den Bericht zur Umsetzung der Tourismusstrategie Stadt Bremen zur Kenntnis und stimmt den Maßnahmen 2020 zu.
2. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt der Finanzierung der aufgezeigten Maßnahmen im Jahr 2020 mit Kosten in Höhe von 550.000 € zu und bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa, in 2021 einen erneuten Bericht zur Umsetzung der Tourismusstrategie vorzulegen.
3. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt der Erteilung von zwei Verpflichtungsermächtigungen bei den Haushaltsstellen 0754/891 45-9 „Förderung des Tourismus“, in Höhe von 450.000 € und 0754/686 45-6 „Förderung des Tourismus“, in Höhe von 100.000 €, beide mit Abdeckung in 2020 zu. Zum Ausgleich dieser zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung wird die bei der Haushaltstelle 0709/893 56-4 „EU-Programme EFRE 2014-2020 -investiv-“ veranschlagte Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 550.000 € insoweit nicht in Anspruch genommen.
4. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa über den Senator für Finanzen beim Haushalts- und Finanzausschuss den erforderlichen Beschluss herbeizuführen.

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung VertreterInnen der Fraktion der CDU.

TOP 11 Vertiefung Innenstadtkonzept Bremen 2025

Vorlage Nr. 20/041-S

Abg. Bücking erwartet vor dem Hintergrund eines Antrags der CDU-Bürgerschaftsfraktion eine ausführliche Debatte im Plenum. Diese Vorlage stelle den ersten Schritt dar, die weiteren Prozessschritte zur Innenstadtentwicklung zu sortieren.

Abg. Weiss bemerkt dazu, dass die in Rede stehenden Investoren auch einen Beitrag von der Stadt erwarteten.

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt der Fortschreibung des Innenstadtkonzeptes, in Kooperation mit der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau und der Handelskammer, als Orientierung für die zukünftige Innenstadtentwicklung zu.
2. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa um einen Sachstandbericht zum III. Quartal 2020.
3. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung bei der Haushaltsstelle 3754/891 20-2 „Zuschüsse für attraktivitätssteigernde Maßnahmen“, in Höhe von 40.000 € mit Abdeckung in 2020 zu. Zum Ausgleich dieser zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung wird die bei der Haushaltstelle 3754/686 09-9 „Förderung überregional bedeutsamer Kulturveranstaltungen“ veranschlagte Verpflichtungsermächtigung insoweit nicht in Anspruch genommen.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimme des Vertreters der Gruppe Magnitz Runge Felgenträger.

TOP 12 Stand der Umsetzung des Domshofkonzeptes, Maßnahmen 2020

Vorlage Nr. 20/053-S

Auf Nachfrage des **Dep. Dr. Redder** erläutert **Frau Dr. Lübben**, die Vorlage behandle keine bauliche Thematik, vielmehr sei die Bespielung des Platzes mit Veranstaltungen und temporären Möblierungen das wesentliche Thema; gleichwohl sei die Vorlage auch mit dem Bauressort abgestimmt.

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt den Kurzbericht zum Sachstand Domshofkonzept zur Kenntnis.
2. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt der Finanzierung den aufge-

zeigten Maßnahmen im Jahr 2020 mit Kosten in Höhe von 120.000 € zu und bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa, in 2020 einen erneuten Statusbericht zur Umsetzung des Domshofkonzeptes vorzulegen.

3. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit stimmt der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung bei der Haushaltsstelle 3754/891 20-2 „Zuschüsse für attraktivitätssteigernde Maßnahmen“ in Höhe von 120.000 € mit Abdeckung in 2020 zu. Zum Ausgleich dieser zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung wird die bei der Haushaltsstelle 3754/686 09-9 „Förderung überregional bedeutsamer Kulturveranstaltungen“ veranschlagte Verpflichtungsermächtigung in gleicher Höhe nicht in Anspruch genommen.
4. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa über den Senator für Finanzen beim Haushalts- und Finanzausschuss den erforderlichen Beschluss herbeizuführen.

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung der VertreterInnen der Fraktionen von CDU und FDP sowie der Gruppe Magnitz Runge Felgenträger.

TOP 13 Kommunales Zentren- und Nahversorgungskonzept

Fortschreibung

Entwurfsbericht und Beteiligung

Vorlage Nr. 20/054-S

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt den anliegenden Gutachterendbericht zur Fortschreibung des kommunalen Zentren- und Nahversorgungskonzepts zur Kenntnis.
2. Die städtische Deputation für Wirtschaft und Arbeit beschließt, dass mit den Inhalten des vorliegenden Gutachterendberichts zur Fortschreibung des kommunalen Zentren- und Nahversorgungskonzepts die Beteiligung der Beiräte, der Träger öffentlicher Belange und der Partner in der Region beginnen kann.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimme des Vertreters der Gruppe Magnitz Runge Felgenträger.

TOP 14 Verschiedenes

Schließung des Bremer Bosch-Werks - Berichtsbitte der Fraktion der CDU

Mündlicher Bericht

Abg. Meyer-Heder bittet zu erläutern, was dem Ressort bekannt geworden sei und ob und wie man den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bremer Bosch-Standortes helfen

könnte.

Staatsrat Wiebe erklärt, die Ankündigung des Unternehmens, den Standort Bremen zu schließen, beruhe auf rein betriebswirtschaftlichen Hintergründen. Aufgrund der Marktschwäche in diesem Segment werde von Bosch ein weiterer Umsatzrückgang erwartet, sodass eine Verlagerung der Produktion nach Ungarn mit vergleichsweise niedrigen Lohnkosten entschieden sei. Die Produktion laufe zunächst bis 2020 weiter, während die Verhandlungen über einen Sozialplan zwischen Unternehmen und Betriebsrat jetzt anliefen. Von der Schließung konkret betroffen seien nach Unternehmensangaben 230-240 unbefristete Beschäftigte. Daneben gebe es 100 befristet beschäftigte Personen und 100 Personen, die bereits per Altersteilzeit zu älteren Bedingungen ausgeschieden seien. Voraussichtlich werde eine Entwicklungsarbeit mit ca. 30 Personen aus dem Ingenieurbereich in Bremen verbleiben.

Für die Verhandlungen von Sozialplan oder Transfergesellschaft zwischen Unternehmen und Betriebsrat sehe er insbesondere das Unternehmen in der Pflicht.

Für den Stadtteil Huchting sei die Aufgabe des Standortes ein schwerer Schlag, insbesondere vor dem Hintergrund, da mit industriellen Arbeitsplätzen Arbeitsplätze in gleicher Anzahl in anderen Branchen verbunden seien.

Staatsrätin Ahlers erläutert, Herr Dubois habe ihr gegenüber eine ältere Belegschaftsstruktur geschildert, deren Qualifikation sich überwiegend nicht auf formellen Abschlüssen, sondern aus spezifischer arbeitsplatzbezogener Anlernphasen gründe. Für die weitere berufliche Karriere habe Bosch seine Unterstützung zugesagt. Dazu könne auf arbeitsmarktpolitischer Seite auf das Qualifizierungschancengesetz zurückgegriffen werden. Eine Transfergesellschaft sehe sie erst am Ende des Prozesses nach Schließung des Standortes.

Abg. Stahmann stellt fest, es gehe um insgesamt 430 Arbeitsplätze in verschiedenen Teilbereichen (Teilzeit, Befristet, Unbefristet, Altersteilzeit). Die Zahl von 30 Ingenieuren in einer Entwicklungsabteilung halte er nicht für plausibel, denn in Ungarn bestehe ebenfalls eine Entwicklungsabteilung, während die Abteilung in Bremen von allen Prozessen entfernt sei – für diese Abteilung sehe er daher kaum Bestandchancen.

Über die Inhalte eines Sozialplans sei aktuell nichts bekannt. Er berichtet weiter, dass die Schließungspläne noch Anfang des Jahres nicht absehbar gewesen seien, bis dann im Mai 2019 ein Auftrag für das Bremer Werk nicht gestellt worden sei. Insgesamt sei das Segment in den letzten Jahren konzernweit um rund 1800 Vollzeitstellen geschrumpft worden, und es gebe für Bremen eine klare Konzernaussage, die auf eine Komplettschließung hindeute.

Abg. Meyer-Heder regt an ob nicht eine konzertierte Aktion für das betroffene Personal

des Bremer Bosch-Standortes möglich sei und spricht sich dafür aus, schon proaktiv auf die bremische Wirtschaft zuzugehen, um berufliche Anschlussperspektiven zu entwickeln.

Dep. Dr. Redder begrüßt den Vorschlag. Er sehe das Unternehmen bei einem Verlust von 18 Mio. € in dem Segment insgesamt aber auch von der wirtschaftlichen Realität bzw. der Konkurrenz getrieben. Insofern begrüße er es, wenn der avisierte Verbleib von 30 Ingenieuren gelingen sollte, für die er auch unabhängig von Bosch gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt erwarte. Für das von Arbeitslosigkeit bedrohte Personal sollte der vom Abg. Meyer-Heder angeregte Versuch in die Tat umgesetzt werden.

Abg. Stahmann erläutert, seine Ausführungen seien als Feststellung, nicht als Vorwurf in Richtung des Unternehmens gedacht gewesen. Das Angebot seiner Vorredner sei zu begrüßen. Dabei bemerkt er, dass am Standort Thyssen-Krupp System Engineers eine ähnliche Situation eintreten könne; dort gehe es um rund 300 Arbeitsplätze.

Abg. Weiss hofft, dass das Angebot des Abg. Meyer-Heder unter den Beteiligten erfolgreich entwickelt werden könne.

Staatsrat Wiebe fügt hinzu, das Ressort beteilige sich gerne an entsprechenden Aktionen.

TOP 15 Verschiedenes

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abg. Weiss schließt die Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft und Arbeit – öffentlicher Teil.

Weiss
- Vorsitzender -

Für die Protokollführung
Sengstake

EFRE-Programm Land Bremen 2014 - 2020		Stand: 28.01.2020		
Übersicht über die verfügbaren und durch Beschlüsse gebundenen EFRE-Mittel aller Ressorts sowie die verausgabten Gesamtmittel				
Prioritätsachse	verfügbar ¹⁾	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾	
Achse 1 - Innovation ⁴⁾	48.140.858	49.138.415	24.388.920	
Achse 2 - KMU	15.347.163	10.456.750	10.501.570	
Achse 3 - CO2	18.543.844	17.394.168	5.243.809	
Achse 4 - Stadtentwicklung	16.868.633	12.700.050	12.928.272	
Achse 5 - Technische Hilfe	4.120.854	4.120.854	5.439.241	
Programm insgesamt	103.021.352	93.810.237	58.501.812	
¹⁾ Gesamtmittel inkl. leistungsgebundener Reserve (6.181.282 Euro = 6 % von 103.021.352 Euro). Die EU-Kommission hat am 09.01.2020 die beantragte Zuteilung der leistungsgebundenen Reserve in die Achse 2 und 4 genehmigt.				
²⁾ In Deputationen, Parlamentsausschüssen oder von der Verwaltung initiierte Projekte (beschlossener EU-/EFRE-Anteil ohne nationale Kofinanzierung).				
³⁾ Summe förderfähiger und anerkannter (geprüfter) Ausgaben. Aufgrund eines EU-/EFRE-Anteils von i. d. R. 50 % und damit einer erforderlichen nationalen Kofinanzierung in gleicher Höhe sind die Ausgaben nach vollständiger Umsetzung meist doppelt so hoch wie der EU-/EFRE-Beitrag. Tatsächlich ist der in den Projekten erreichte Ausgabenstand bereits höher. Die Ausgaben sind jedoch mehreren, aufwändigen Prüfschritten zu unterziehen. Um die Einheitlichkeit und Qualität der Ausgaben zu gewährleisten, werden die Ausgaben nur geprüft und damit zeitversetzt ausgewiesen.				
⁴⁾ Durch die letzten Beschlüsse ist in Achse 1 bereits eine Überbuchung zu verzeichnen. Überbuchungen sind grundsätzlich hilfreich und auch anzustreben, soweit finanziell darstellbar. Es kann im Rahmen der Abrechnungen immer zu Umschichtungen innerhalb der Achse kommen (z. B. bei Minderbedarfen aus anderen Projekten in der Achse). Soweit notwendig, wäre auch eine Mittelbereitstellung durch eine spätere Programmänderung mit Umschichtung von Mitteln zugunsten von Achse 1 möglich.				

Auflistung der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in der 19. Legislaturperiode (Stand: 04.12.2019)

Anlage 2

Lfd. Nr.	Auftrag/Berichtswunsch	Datum des Auftrages	Fragesteller	Aktueller Bearbeitungsstand / soll vorgelegt werden am
1.	Jugendberufsagentur	07.09.2016	Abg. Kastendiek	½ jährlich, (zuletzt: 24.04.2019)
2.	Zwischenbericht Enterprise Europe Network EEN Bremen 2015-2020	25.10.2017	Abg. Reinken	
3.	Ausschöpfung der Eingliederungstitel – Instrumentenbezogene Auswertung	07.03.2018	Abg. Rupp/Abg. Tebje	12.02.2020
4.	Sachstand Strukturelle Neuaufstellung Tourismusförderung/-entwicklung	13.06.2018	Abg. Reinken	
5.	Vorstellung Projektträger und -arbeit im Rahmen des BAP (anlässlich d. Beratung von 20/021-L)	30.10.2019	Abg. Frau Dr. Müller/Dep. Rühl/Abg. Weiss	